‚Wir brauchen Eure Unterstützung'

Im Juni 2011 hat die israelische Gruppe des „Israeli-Palestinian Peace NGO Forum" – www.peacengo.org – einen Appell an die Parlamentarier der internationalen Gemeinschaft gerichtet, Israelis und Palästinenser zu Verhandlungen auf der Grundlage der Parameter von US-Präsident Barack Obama zu drängen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut[1]:

Sehr geehrte Abgeordnete,

wir, Repräsentanten und Führungspersönlichkeiten israelischer Friedensorganisationen im „Israelisch-Palästinensischen Friedens-NGO Forum", glauben fest daran, dass ein israelisch-palästinensischer Frieden in unmittelbarer Zukunft möglich ist. Doch die Geschichte des Friedensprozesses lehrt uns, dass Israelis und Palästinenser dies nicht allein schaffen können. Diese beiden Parteien brauchen die direkte Unterstützung, Nachhilfe, Überredung und Ermutigung ihrer Freunde und Verbündeten in aller Welt, ihnen zu helfen und sie zur Rückkehr zu den Verhandlungen mit klaren Parametern zu ermuntern wie jenen, die von Präsident Obama vorgeschlagen wurden und auf den Prinzipien der Grenzen von 1967 mit beidseitig vereinbartem Gebietsaustausch gründen.

Wir glauben, dass der israelisch-palästinensische Konflikt durch eine ausgehandelte Vereinbarung gelöst werden muss. Dies ist die erste

[1] Zu den Erstunterzeichnern gehörten die Professoren Dan Jacobson (Ko-Vorsitzender des „Forums" neben dem palästinensischen Autor Saman Khouri), Galia Golan und Daniel Bar-Tal sowie Mossi Raz (ehemals Knesset-Mitglied für „Meretz"), Gershon Baskin (Ko-Vorsitzender des „Israel/Palestine Center for Research and Information [IPCRI]" neben dem palästinensischen Politiker Hanna Siniora), Nora Rash (Frauengruppe von „Machsom Watch", die an den israelischen Checkpoints auf das Verhalten der israelischen Sicherheitskräfte gegenüber palästinensischen Passanten achtet), Hillel Schenker (Ko-Redakteur des „Palestine-Israel Journal" neben dem palästinensischen Politiker Ziad AbuZayyad) und Ron Pundak (bis vor kurzem Direktor des „Peres Peace Center"). Übersetzung aus dem Englischen von Reiner Bernstein, München.

Priorität. Dennoch mag es sein, dass die Obama-Parameter, die von den Palästinensern akzeptiert worden sind, von der Regierung Israels zurückgewiesen werden. Wenn Verhandlungen nicht wieder aufgenommen werden, ist es für die internationale Gemeinschaft essentiell, pro-aktive Schritte zu unternehmen, um die anhaltende Gültigkeit der Lösung „zwei Staaten für zwei Völker“ zu garantieren, von der wir fest überzeugt sind, dass sie die einzig realistische Lösung für den Konflikt darstellt.

Da wir mit großem Interesse die Entwicklungen in unserer Region beobachten, die als der Arabische Frühling bekannt geworden ist, ist uns bewusst, dass die Völker der Region ihre menschlichen und bürgerlichen Rechte verlangen. In jenem Zusammenhang wollen sie *[die Unterzeichner des Aufrufs]* darauf hinwirken, dass ihre palästinensischen Geschwister ihre grundlegenden menschlichen und nationalen Rechte ebenso erlangen. Diese Entwicklung verstärkt nur noch die Dringlichkeit, Fortschritte für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erreichen [und] in der Region Stabilität sicherzustellen.

Die Lösung „zwei Staaten für zwei Völker“ wurde formal bei den Vereinten Nationen im November 1947 geboren und diente als die primäre internationale Legitimation für die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel (15. Mai 1948) und des Staates Palästina (15. November 1988). Die Annahme des Vokabulars in der UN-Resolution 181 der UN-Generalversammlung (auch als „Teilungsplan“ bekannt) durch beide Seiten bürgt für die Bedeutsamkeit des internationalen Rechts und der Legitimität beider Parteien, wie sie bei den Vereinten Nationen verankert sind . Es sichert außerdem beiden Seiten ihr wechselseitiges Recht auf nationale Selbstbestimmung zu, die Schaffung eines „jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina“ gemäß der Originalsprache der Resolution 181. Die 64 Jahre seit jener Resolution haben *[die]* UN-Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates sowie die grundlegenden Wandlungen seither die territorialen Parameter der

ursprünglichen Resolution verändert, die nunmehr auf den Linien vom 4. Juni 1967 und auf den Obama-Parametern mit vereinbartem territorialem Gebietsaustausch gründen *[sollten]*.

Wenn israelisch-palästinensische Verhandlungen bis zum September nicht wieder aufgenommen werden, wird die „Palästina-Frage“ erneut auf der Tagesordnung der UN-Generalversammlung landen. Die erste Priorität der Palästinenser wird die sein, dass Palästina Mitglied der Vereinten Nationen werde. Sollte die Empfehlung der Generalversammlung von einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates mit einem Veto belegt werden, wird die Generalversammlung aufgefordert sein, eine Resolution in dieser Angelegenheit zu verabschieden, die unterschiedliche Formen annehmen kann.

Wir glauben, dass die internationale Gemeinschaft nicht untätig beiseite stehen kann, sollten die ausbleibenden Verhandlungen wahrscheinlich den Untergang für die Lösung „zwei Staaten für zwei Völker“ mit sich bringen – ein sicheres Rezept für mangelnde Stabilität und Fortdauer des Konflikts. Zumindest sollte die Generalversammlung das „United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP)“ von 1947 vielleicht unter dem Namen UNSCOPI *[„United Nations Special Committee on Palestine-Israel“]* wieder einberufen und verlangen, dass der Generalsekretär ein neues Komitee der Völker bildet, um einen Prozess vorzuschlagen, der zur Begründung des Friedens zwischen den Staaten Israel und Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit vereinbartem Gebietsaustausch führt, wie dies in der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vorgesehen ist. Der Resolution sollte das Gewicht der UN-Resolution 377 „United for Peace“ zukommen, welche internationale Legitimität garantiert[2]. Als israelische Staatsbürger ist

[2] Die Resolution 377 wurde am 03.12.1950 unter dem Eindruck des Korea-Krieges verabschiedet. Darin hieß es: Die Generalversammlung „1. Resolves that if the Security Council, because of lack of unanimity of the permanent Members, fails to exercise its primary responsibility for the maintenance of international peace and security in any case where there

es unsere Position, dass jene Resolution auf den Linien von 1967 mit vereinbartem Gebietsaustausch nicht nur Palästina, sondern auch Israel die lange Suche nach der abschließenden internationalen Legitimität und Sicherheit verbürgt, die mit anerkannten Grenzen einhergeht.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

---

appears to be a threat to the peace, breach of the peace, or act of aggression, the General Assembly shall consider the matter immediately with a view to making appropriate recommendations to Members [of the Security Council] for collective measures, including in the case of a breach of the peace or act of aggression the use of armed force when necessary, to maintain or restore international peace and security. If not in session at the time, the General Assembly may meet in [a] emergency special session within twenty-four hours of the request therefor. Such [an] emergency special session shall be called if requested by the Security Council on the vote of any seven [now nine] Members, or by a majority of the Members of the United Nations." Der Resolution dürfte im September 2011 keine diplomatische Bedeutung zukommen, weil sich u.a. die Frage stellen wird, ob die ausbleibende Vollmitgliedschaft Palästinas den Frieden und die Sicherheit in der Welt bedrohen würde (vgl. dazu meinen Beitrag „Recht und Politik" in der Menüleiste „Veröffentlichungen" dieser Homepage).